



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

09.5103.02

BVD/P095103
Basel, 6. April 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 5. April 2011

Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Mobilitätsmanagement; Zwischenbericht

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 3. Juni 2009 den nachstehenden Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

Der Kanton Basel-Stadt beschäftigt knapp 17'000 Angestellte (Zahlen gem. Stat. Amt BS aus dem Jahre 2007). Diese Personen pendeln zu Fuss, mit dem Velo, dem ÖV oder mit dem Auto zwischen ihrem Wohnort und der Arbeitsstelle.

Als Arbeitgeber, der sich zum Ziel gesetzt hat auf einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen hinzuwirken (Stichwort 2000-Watt-Gesellschaft und klimaneutrale Verwaltung), würden es die Unterzeichnenden begrüssen, wenn der Kanton Basel-Stadt das Thema Mitarbeitermobilität thematisieren und zusammen mit den Mitarbeitenden ein Mobilitätsmanagement erstellen würde.

Als positives Beispiel in dieser Richtung hat das Claraspital im vergangenen Jahr mit einer Arbeitsgruppe Anregungen und Massnahmen erarbeitet, welche die Mitarbeitenden unterstützt, ihre gewohnte Verkehrsmittelwahl für den Arbeitsweg zu überprüfen und gegebenenfalls auf gesundheitsfördernde und/oder umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob er bereit ist, zusammen mit den Kantonsangestellten das Thema Mitarbeitermobilität zu thematisieren
- ob er das Ziel „Klimaneutrale Verwaltung“ auch auf die Mobilität (Arbeits- und Dienstwege) seiner Mitarbeiter ausweiten kann
- ob er mit adäquaten Massnahmen (Mobilitätsmanagement) einen Beitrag zur Gesundheitsförderung des Personals sowie zur Rücksichtnahme auf die Umwelt bewirken kann
- ob durch infrastrukturelle Verbesserungen (z.B. gedeckte abschliessbare Abstellplätze, Steckdosen für E-Bikes usw.) oder durch eine Anpassung der Verordnung über die Dienstfahrten weitere Anreize zum Umsteigen geschaffen werden können
- ob er ein Anreizsystem schaffen kann, das die klimaneutralen Fortbewegungsarten (ÖV, zu Fuss, Velo) belohnt.

Stephan Luethi-Brüderlin, Brigitte Heilbronner, Patrizia Bernasconi, Christoph Wydler,
Helen Schai-Zigerlig, Urs Müller-Walz, Jörg Vitelli

Wir geben zu diesem Anzug folgenden Zwischenbericht ab:

1. Ausgangslage

Im Rahmen der laufenden nationalen Kampagne „Mobilitätsmanagement in Unternehmen“ des Bundesamtes für Energie unterstützt der Kanton Unternehmen in Basel-Stadt bei der Entwicklung und Umsetzung von Mobilitätsmanagement-Konzepten. Derart konnten bereits einige mittelständische und grosse Unternehmen für die Umsetzung motiviert werden, wie z.B. die Firmen ABB, Clariant sowie das im Anzug genannte Claraspital.

Auch innerhalb der kantonalen Verwaltung werden aktuell bereits verschiedene Einzelmassnahmen („Bike to work“, „Schritt auf Tritt“, Nutzung Mobility anstelle von Dienstfahrzeugen, Förderung Velo- und ÖV-Nutzung für Dienstfahrten, umweltfreundliches Flottenmanagement) zur Förderung einer umweltschonenden Mobilität realisiert. Diese unterscheiden sich jedoch in den einzelnen Departementen deutlich und sind insbesondere nicht in ein integriertes, umfassendes Mobilitätsmanagementkonzept eingebettet, das Arbeits- und Dienstwege berücksichtigt.

Parallel zur Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Ernst Jost betreffend Einführung des Job-Tickets (P065196) beauftragte der Regierungsrat die damalige „Plattform weiche Mobilitätsmassnahmen“ daher, ein Konzept für ein betriebliches Mobilitätsmanagement für die kantonale Verwaltung erstellen zu lassen. In Umsetzung dieses Beschlusses führte ein externes Unternehmen eine Befragung der Mitarbeitenden durch und erarbeitete auf dieser Basis ein entsprechendes Konzept, das im Folgenden grob beschrieben wird.

2. Konzept „Mobilitätsmanagement in der Verwaltung“

2.1. Analyse Istzustand

Das Mobilitätsverhalten der Staatsangestellten auf ihrem Arbeitsweg zeichnet sich bereits heute durch einen hohen Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel aus. So ergab die Befragung im Rahmen der Konzeptentwicklung folgende Verkehrsmittelanteile für den Arbeitsweg (in Abhängigkeit von der Witterung): 33% - 45% zu Fuss oder mit dem Velo, 39% - 51% mit öffentlichen Verkehrsmitteln, 16% - 17% mit motorisiertem Individualverkehr. Es konnten mit dieser Befragung jedoch in erster Linie Mitarbeitende mit Büroarbeitsplatz erreicht werden. Bei Mitarbeitenden mit wechselnden Arbeitszeiten und -orten ist zu erwarten, dass die Anteile insbesondere der ÖV-Nutzung niedriger liegen.

Von den Mitarbeitenden, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, parkieren rund 35% auf Staatsareal, hiervon benutzen zwei Drittel den Parkplatz gratis.

Rund ein Drittel der Mitarbeitenden legen mindestens ein Mal pro Woche eine Dienstfahrt zurück, mehr als die Hälfte also nie oder nur selten. Für Dienstfahrten werden primär der Langsam- oder der öffentliche Verkehr benutzt und nur etwa für 20% der Fahrten das Auto.

17% aller Mitarbeitenden oder 55% derjenigen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, sind unter Umständen bereit, vermehrt öffentliche Verkehrsmittel oder den Langsamverkehr zu benutzen. Für das Umsteigen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel werden primär finanzielle Anreize und verbesserte Angebote beim öffentlichen Verkehr sowie Verbesserungen bei der Infrastruktur für den Veloverkehr gewünscht.

2.2. Stossrichtung Massnahmen

Das extern erarbeitete Konzept „Mobilitätsmanagement in der Verwaltung Basel-Stadt“ empfiehlt für die Arbeitswege die folgenden Handlungsfelder und Massnahmen zur Umsetzung:

- ÖV-Förderung: Vergünstigung für den Bezug von Reka Rail, ÖV-Schnupperabos
- Optimierung motorisierter Verkehr: Parkierungsreglement anpassen, Fahrgemeinschaftsbörse
- Förderung Veloverkehr: Infrastrukturelle Massnahmen sowie Begleitaktionen und Anreize
- Information und Beratung: digitale Mobilitätsplattform, individuelle Mobilitätsinformationen

Für den Bereich Dienstfahrten wurde als Handlungsfeld die Optimierung der Mobilität hinsichtlich Kosten, Effizienz und Umweltfreundlichkeit definiert und die folgenden Massnahmen vorgesehen:

- Nutzung des SBB-Businessportals durch die Gesamtverwaltung,
- Überarbeitung der Spesenverordnung.
- Beschaffung übertragbarer U-Abos und/oder Mehrfahrtenkarten,
- Angebot von Eco-Drive-Kursen.

Die externen Berater stellen in ihrem Bericht ein erhebliches Defizit bei den verfügbaren Grundlagendaten dar und bemängeln eine ungenügende Transparenz von Kosten und Energieeffizienz der Dienstfahrten. Sie empfehlen daher eine Erhebung dieser Grundlagendaten als Entscheidungsgrundlage für die Ausgestaltung der folgenden, weitergehenden Massnahmen:

- *Weitere Förderung Velos und E-Bikes für Dienstfahrten*
- *Ausweitung der Nutzung von Mobility*
- *Förderung von alternativen Antriebssystemen und Treibstoffen der Dienstfahrzeuge*
- *Optimierung der Fahrtenlogistik*

2.3. Weiteres Vorgehen

Mit dem extern erarbeiteten Konzept liegt eine gute Grundlage für einen Ausbau des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung im Sinne des vorliegenden Anzuges vor. Zur Konkretisierung des Konzepts „Mobilitätsmanagement in der Verwaltung Basel-Stadt“ müssen insbesondere die Massnahmen im Bereich der Arbeitswege noch weiter

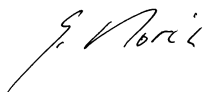
bearbeitet werden, wofür teilweise Ergebnisse aus der Grundlagenerhebung zu den Dienstfahrten erforderlich sind.

Für ein umfassendes Mobilitätsmanagement in der Verwaltung Basel-Stadt sind demnach weitere vorbereitende Konkretisierungen auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene erforderlich. Insbesondere ist die Finanzierung der weiteren Arbeitsschritte sowie der Umsetzung derzeit noch ungeklärt. In einem nächsten Schritt sollen deshalb diese zentralen Fragen departementsübergreifend bearbeitet werden.

3. Antrag

Auf Grund dieses Zwischenberichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Mobilitätsmanagement stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin